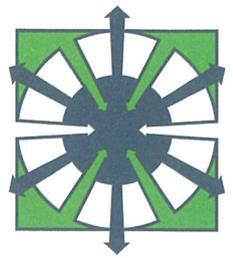


# DGSP

Deutsche Gesellschaft für  
Soziale Psychiatrie e.V.



DGSP · Zeltinger Strasse 9 · 50969 Köln

## Bundesgeschäftsstelle:

Zeltinger Strasse 9  
50969 Köln (Zollstock)  
Telefon (0221) 51 10 02  
Telefax (0221) 52 99 03  
e-mail: [dgsp@netcologne.de](mailto:dgsp@netcologne.de)  
Internet: <http://www.psychiatrie.de>



Mitglied der  
World Federation  
of Mental Health



Donnerstag, 18. Februar 2016

## **Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) zu dem Projekt „Simulation und Reduktion von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie (SRZP), ein Modellforschungsprojekt der Konflikt-, Gewalt- und Präventionsforschung“**

Wir begrüßen nachdrücklich die Arbeit des vorgenannten Projektes unter der Leitung von Herrn PD Dr. Stephan Debus\*. Dieses Projekt stellt einen umfassenden sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschungsansatz der Fachwelt zur Verfügung, in dem das Wissen der „Triologpartner“ (Patienten, Angehörige psychisch erkrankter Menschen und Psychiatrietätige) für das Verständnis und die Analyse von kritischen Gefahrensituationen in der psychiatrischen Behandlung und Versorgung genutzt wird.

Menschen, die an einer psychischen Erkrankung leiden, können zeitweise in Situationen geraten, die durch Entgrenzung im Denken, Fühlen und Handeln gekennzeichnet sind. Dies kann in extremen Fällen den Einsatz von Zwang und Gewaltanwendung nahelegen bzw. wegen fehlender Alternativen notwendig machen. Hilfe einerseits und Zwang andererseits sind kennzeichnend für die „Janusköpfigkeit“ der Psychiatrie. Diese ist durch die Gesellschaft beauftragt, durch Heilbehandlung der PatientInnen diese wieder gesunden zu lassen und andererseits die PatientInnen bei Eigengefährdung vor sich selbst und die Gesellschaft vor gewalttätigen Übergriffen psychisch erkrankter Menschen zu schützen.

In diesem Spannungsfeld handeln professionelle MitarbeiterInnen aller in der Psychiatrie tätigen Berufsgruppen. Sie sind gefordert ihr professionelles Handeln an fachlichen und ethischen Standards auszurichten, um so optimale Hilfe im Interesse der PatientInnen zu

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto 7110800 (BLZ 370 205 00)  
IBAN: DE87370205000007110800  
BIC: BFSWDE33XXX

Stadsparkasse KölnBonn  
Konto 2932952 (BLZ 370 501 98)  
IBAN: DE79370501980002932952  
BIC: COLSDE33XXX

Postgiro Hannover  
Konto 267711-302 (BLZ 250 100 30)  
IBAN: DE09250100300267711302  
BIC: PBNKDEFFXXX

leisten. Auf institutioneller Ebene bemüht man sich Personalentwicklung durch fachliche Weiterqualifizierung und eine Ergebnisoptimierung durch Veränderungen struktureller Gegebenheiten und Abläufe zu erreichen.

Bei allen anzuerkennenden Bemühungen bleibt unter Anwendung wissenschaftlicher Gütekriterien zu fragen, was geschieht eigentlich in eskalierenden Gewaltsituationen? Oder: Welches Verhalten bei den Beteiligten führt zur Eskalation oder zur De-eskalation in Konflikt- und Krisensituationen? Welche Chancen der Konflikt- und Krisenvermeidung bzw. -lösung sind auf der Beziehungsebene zwischen der PatientIn und der MitarbeiterIn zu entdecken und im Sinne des persönlichen Wachstums der beteiligten Akteure zu nutzen? Aber auch Kontextbezogen: Welche institutionellen Regeln, welche Leitbilder und Aufträge der Organisationen und welche weiteren Interessen, z.B. ökonomische Zielsetzungen spielen neben dem Patientenwohl noch eine ursächliche Rolle? Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind ebenfalls darauf hin zu untersuchen, welchen Beitrag sie selbst zur Eskalation/Deeskalation von Gefahrensituationen leisten.

Diese und weitere Fragen sind zu klären, wobei der innovative Ansatz des Projektes SRZP allen triadischen Akteuren durch das Nachstellen von Konflikt- und Zwangssituationen die Möglichkeit bietet, ihr Erleben und die damit verbundenen Emotionen und Gedanken zu reflektieren und in das Verständnis von Gefahrensituationen mit einzubringen. Hieraus sollten sich u.a. auch Impulse für ein Organisationslernen ergeben, damit so mögliche institutionelle und organisationsbedingte Ursachen für Zwang und Gewalt einer Lösung zugeführt werden können.

Als Fachverband vertritt die DGSP die Haltung, dass sich die Qualität der psychiatrischen Behandlung, Versorgung und Begleitung immer daran messen lassen muss, wie mit den schwerst erkrankten und somit hilfsbedürftigsten Menschen umgegangen wird. Die Erfahrung dieser Menschen ist vielfach durch Zwangs- und Gewaltanwendung im psychiatrischen Kontext geprägt. Viele dieser Menschen sind durch psychiatrische Behandlungen traumatisiert und lehnen daher eine frühzeitige Intervention in Phasen der Verschlechterung/Verschlimmerung ihrer psychischen Verfassung ab. Diesen und natürlich allen anderen Menschen mit psychischen Leiden ist eine möglichst gewaltfreie bzw. gewaltreduzierte Behandlung und Hilfe aus menschenrechtlichen (UN-BRK) und ethischen Gründen sicherzustellen.

Das Projekt: "Simulation und Reduktion von Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie" (SRZP) bietet hierfür einen wissenschaftlichen Forschungsansatz an, der diesem vorgenannten Anspruch von seiner Zielsetzung und Methode her entspricht. Eine breite Anwendung dieses wissenschaftlichen Verfahrens und die Umsetzung dieser Erkenntnisse auf der Akteursebene könnte zu einer Situation in den unterschiedlichsten

psychiatrischen Institutionen führen, die der Reduzierung von Zwang und Gewalt gegen psychisch erkrankte Menschen Vorschub leistet.

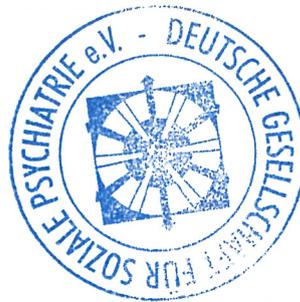
Die DGSP befürwortet die breite Anwendung dieses wissenschaftlichen Verfahrens und fordert die zuständigen Entscheidungsträger in psychiatrischen Behandlungs- und Betreuungsinstitutionen auf, die hier gegebene Möglichkeit im Interesse ihrer PatienInnen und Klientinnen zu nutzen.

Deutsche Gesellschaft für  
Soziale Psychiatrie e.V.



Der Vorstand

Friedrich Walburg  
1. Vorsitzender



i.A.

\* SRZP-Projekt: Leitung PD Dr. Stephan Debus an der Medizinischen Hochschule Hannover, Klinik für Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Psychotherapie. In Kooperation mit: Klinikum Region Hannover, Forensische Psychiatrie, Wunstorf; Klinikum Region Hannover, Allgemeinpsychiatrie, Langenhagen; Sozialpsychiatrische Kontaktstelle Hannover-Südstadt; Institut für Kultursemiotik, Wennigsen; TU-Berlin, Arbeitsstelle für Semiotik, Berlin.